



Jahre
gemeinsam
für **Deutschlands**
Zukunft.

seit 1945

CDU



**Liebe Freundinnen
und Freunde der CDU,**

wir feiern 70 Jahre CDU. Das ist die Geschichte politischer Erfolge, wichtiger Weichenstellungen und hunderttausender engagierter Mitglieder. Keine andere Partei hat die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stärker geprägt als die CDU. Darauf können wir stolz sein. 70 Jahre CDU – das ist aber vor allem die Erfolgsgeschich-

te einer Haltung: Auf der Grundlage christlicher Werte arbeiten wir zum Wohle der Menschen in Deutschland. Wir verstehen Politik nicht als „Kämpfen gegen“, sondern als „Einstehen für“.

Einstehen für ein vereintes Europa, für die Soziale Marktwirtschaft, für Frieden, für Freiheit. Es waren Christdemokraten wie Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die an diese Ziele geglaubt und mit

der CDU dafür gearbeitet haben. Sie zogen die Lehren aus Diktatur und Terror und waren davon überzeugt, dass Freiheit, Demokratie und Menschenrechte alle Hindernisse und Mauern überwinden können. Bis heute bleibt deshalb die Deutsche Einheit eine Sternstunde der Geschichte unseres Landes.

70 Jahre CDU stehen für viele großartige Persönlichkeiten, die unserem

Land und seinen Menschen dienen. Als Volkspartei der Mitte ist es unser Anspruch, Politik für alle Menschen in unserem Land zu gestalten – für Alte und Junge, für Frauen und Männer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Christen und Nichtchristen. Vielfalt und die Fähigkeit zum Ausgleich prägen den Unionsgedanken unserer Partei.

70 Jahre CDU sind eine große Verpflichtung für die

Zukunft. Die Gestaltung der Globalisierung, der demografischen Entwicklung und der digitalen Revolution sind für uns zentrale Herausforderungen. Wir arbeiten weiter dafür, dass unser Land vorankommt und die Menschen gerne und gut hier leben.

Die folgenden 70 Erfolge, Entscheidungen und Ereignisse und die Vorstellung von elf Persönlichkeiten aus unserer Mitte ermöglichen

eine kleine Zeitreise in die Geschichte unseres Landes und die der CDU – von den Anfängen bis heute.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Dr. Angela Merkel
Vorsitzende der
CDU Deutschlands



Unsere Erfolge – Leistungen aus sieben Jahrzehnten

Deutschland ist ein starkes, erfolgreiches und lebenswertes Land. Mit ihrer Politik der wirtschaftlichen Vernunft und des sozialen Ausgleichs hat die CDU wichtige Grundlagen geschaffen. Stellvertretend dafür stehen die nachfolgenden 70 Leistungen und Errungenschaften. Sie machen deutlich: Die CDU arbeitet für Deutschlands Zukunft. Seit 70 Jahren.

#1 Soziale Marktwirtschaft

Mit der Währungsreform am 20. Juni 1948 gelingt im Westen Deutschlands der Einstieg in die „Soziale Marktwirtschaft“. Mit ihr wird das deutsche Nachkriegs-Wirtschaftswunder möglich.

#2 Tarifautonomie

Dr. Erich Köhler von der CDU unterzeichnet als Präsident des „Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ das Tarifvertragsgesetz. Mit ihm wird die Tarifautonomie wieder eingeführt. Das Gesetz tritt am 9. April 1949 in Kraft. Arbeitgeber und Gewerkschaften verhandeln seither gemeinsam über Löhne und Gehälter.



#3 Grundgesetz

Der Parlamentarische Rat erarbeitet unter Vorsitz von Konrad Adenauer das Grundgesetz. Es wird am 23. Mai 1949 verkündet, die Bundesrepublik Deutschland wird ein eigener Staat.

#4 Witwenrente

Als eines der ersten Sozialgesetze der jungen Bundesrepublik wird zum 17. Juni 1949 die Witwenrente eingeführt. Verantwortlich zeichnet auch hier der „Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“.

#5 Bundesgrenzschutz

Zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik wird am 16. März 1951 der Bundesgrenzschutz (später Bundespolizei) ins Leben gerufen. Heute nehmen bei der Bundespolizei rund 40 000 Beschäftigte sonderpolizeiliche Aufgaben wahr, insbesondere beim Grenzschutz, bei der Bahnpolizei und zur Luftsicherheit.



#6 Kündigungsschutz

Mit dem neuen Kündigungsschutzgesetz erhalten Arbeitnehmer ab dem 14. August 1951 mehr Sicherheit für ihren Arbeitsplatz. Unbefristete Arbeitsverträge können nicht mehr ohne Begründung und ohne Einhaltung von Fristen gekündigt werden.

#7 Jugendschutz

Am 4. Dezember 1951 wird das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit erlassen. Das Gesetz schützt seither Kinder bis 14 Jahre und Jugendliche unter 18. Geregelt werden unter anderem der Zugang zu Alkohol oder Zigaretten, der Besuch von Gaststätten sowie die Altersfreigabe für Medien.

#8 Mutterschutz

Mit dem Mutterschutzgesetz werden seit dem 6. Februar 1952 werdende Mütter sowie Mütter mit Säuglingen vor Tätigkeiten geschützt, die ihnen oder ihrem ungeborenen Kind schaden könnten.

#9 Montanunion

Gemeinsam mit Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gründet die Bundesrepublik Deutschland die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“. Die Gründung der Montanunion am 23. Juli 1952 gilt als Geburtsstunde der europäischen Einigung.

#10 Mitbestimmung im Betrieb

Mit Inkrafttreten des Betriebsverfassungsgesetzes am 14. November 1952 haben Arbeitnehmer das Recht, in persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten in ihrem Betrieb mitzubestimmen.

#11 Hilfe für Vertriebene und Flüchtlinge

Das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ vom 5. Juni 1953 ermöglicht bis heute den Zuzug von Spätaussiedlern nach Deutschland. Bis heute ist es zudem Grundlage für die Förderung des Kulturerbes der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete. Schon 1952 wurde den Vertriebenen durch das Lastenausgleichsgesetz Entschädigung für Vermögensverluste infolge des Krieges zugesprochen.

#12 Handwerksordnung

Mit dem „Gesetz zur Ordnung des Handwerks“ werden seit dem 24. September 1953 in allen Bereichen des Handwerks Qualitätsstandards gesichert. Das Gesetz regelt auch die Ausübung der Berufe, die berufliche Bildung und die Weiterbildung im Handwerk.



#13 Kindergeld

Mit der Einführung des Kindergeldes zum 1. Januar 1955 erhalten Familien direkte staatliche Unterstützung. Eltern bekommen zunächst für das dritte und jedes weitere Kind ein Kindergeld von 25 D-Mark.

#14 Bundesrepublik wird NATO-Mitglied

Am 6. Mai 1955 wird die Bundesrepublik Deutschland Mitglied im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis. Die CDU hat damit die dauerhafte Westbindung der Bundesrepublik durchgesetzt.

#15 Letzte Kriegsgefangene heimgeholt

Am 12. September 1955 erreicht Konrad Adenauer in Verhandlungen mit der Sowjetunion, dass die letzten rund 10 000 deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zurückkehren dürfen. Am 7. Oktober 1955 kommen die ersten 600 Heimkehrer in Friedland an und werden jubelnd von ihren Familien und Freunden begrüßt.



Foto: Bundesregierung/Rolf Unterberg

Ludwig Erhard († 1977)

CDU-Vorsitzender von 1966 bis 1967
Bundeskanzler von 1963 bis 1966

Konrad Adenauer († 1967)

CDU-Vorsitzender von 1950 bis 1966
Bundeskanzler von 1949 bis 1963

#16 Bundeswehr

Am 200. Geburtstag des preußischen Reformers Scharnhorst, dem 12. November 1955, werden die ersten 101 freiwilligen Soldaten vereidigt. Damit gilt dieser Tag als Gründungstag der Bundeswehr.



#17 Modernes Rentensystem

Zum 1. Januar 1957 wird ein voll umlagefinanziertes Rentensystem eingeführt. Die Rente wird an die Lohnentwicklung gekoppelt – steigen die Löhne, erhalten auch die Rentner mehr Geld. So profitieren auch ehemalige Arbeitnehmer von zunehmendem Wohlstand in der Bundesrepublik.

#18 Gründung der EWG

Die „Römischen Verträge“ zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und von Euratom treten zum 1. Januar 1958 in Kraft. Gemeinsam mit der 1952 gegründeten „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ bilden sie die Europäischen Gemeinschaften.

#19 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung tritt zum 1. Januar 1958 in Kraft. Es ist ein wichtiges Instrument, um den Wettbewerb zu stärken und gegen Monopole und Preisabsprachen vorzugehen.

#20 Gleichberechtigungsgesetz

Das bisherige „Letztentscheidungsrecht“ des Ehemannes in allen Eheangelegenheiten wird zum 1. Juli 1958 ersatzlos gestrichen. Das Recht des Ehemannes, ein Dienstverhältnis seiner Ehefrau fristlos zu kündigen, wird aufgehoben. Die Zugewinngemeinschaft wird Grundlage jeder Ehe.

#21 Vermögensbildungsgesetz

Mit dem Gesetz vom 1. Januar 1961 will der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand fördern und diese am Unternehmenserfolg beteiligen. Arbeitgeber können für ihre Mitarbeiter bis zu 312 D-Mark abgabenfrei in Bausparverträge oder Kapitallebensversicherungen anlegen.

#22 Erste Bundesministerin

Mit Elisabeth Schwarzhaupt von der CDU wird zum ersten Mal eine Frau Ministerin in einer Bundesregierung. Vom 14. November 1961 bis zum 30. November 1966 steht sie dem Bundesministerium für Gesundheitswesen vor.

#23 Sozialhilfe für Bedürftige

Das Bundessozialhilfegesetz tritt am 1. Juni 1962 in Kraft. Es regelt bis 2004 Art und Umfang der Sozialhilfe für bedürftige Einwohner der Bundesrepublik Deutschland.



#24 Deutsch-französische Freundschaft / Elysée-Vertrag

Am 22. Januar 1963 unterzeichnen der französische Präsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Darin verpflichten sich beide Regierungen zu gegenseitigen Abstimmungen in wichtigen Fragen. Der Vertrag ist ein Meilenstein der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich.

#25 Diplomatische Beziehungen zu Israel

20 Jahre nach dem Ende des Holocaust nehmen Deutschland und Israel zum 12. Mai 1965 offiziell diplomatische Beziehungen auf. Schon im März 1960 hatte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer persönlich mit dem damaligen israelischen Staatspräsidenten David Ben-Gurion getroffen, um eine mögliche Zusammenarbeit der beiden Länder zu diskutieren.

Rainer Barzel († 2006)

CDU-Vorsitzender von 1971 bis 1973

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
von 1964 bis 1973

Kurt Georg Kiesinger († 1988)

CDU-Vorsitzender von 1967 bis 1971

Bundeskanzler von 1966 bis 1969



Foto: KAS-ACDP/Josef Albert Slominski - slomifoto.de



#26 Duales System in der Ausbildung

Das „duale System“ für die Berufsausbildung – das Zusammengreifen von Ausbildung im Betrieb und Lernen an der Berufsschule – erhält zum 1. September 1969 eine einheitliche Grundlage. Bis heute setzt die duale Ausbildung in Deutschland weltweit Standards.

#27 Nato-Doppelbeschluss

Mit der Durchsetzung der Nachrüstung von neuen US-Mittelstreckenraketen 1983 wird das militärische Gleichgewicht in Europa wiederhergestellt. Gleichzeitig wird die Voraussetzung für den Abbau aller Mittelstreckenraketen ab 1987 gelegt. Der Zusammenhalt der NATO und das neue Vertrauen zwischen West und Ost eröffnen 1989 die Chance zur Öffnung des Eisernen Vorhangs und letztlich zur Deutschen Einheit.

#28 Privatfernsehen

Nach dem Regierungsantritt im Jahre 1982 wird der Ausbau der Breitbandverkabelung vorangetrieben. Am 1. Januar 1984 startet in Ludwigshafen mit dem öffentlich-rechtlichen Kabelpilotprojekt Ludwigshafen das duale Rundfunksystem aus öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern in Deutschland.

#29 Offene Grenzen in der EU

Am 14. Juni 1985 wird das Schengener Abkommen durch die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Frankreich unterzeichnet. Damit beginnt der schrittweise Abbau der Binnengrenzen in der EU. Insgesamt 26 Staaten Europas sind dem Abkommen beigetreten. Grenzkontrollen zwischen den Unterzeichnerstaaten gehören damit der Vergangenheit an.

#30 Bleifreies Benzin und Katalysator fürs Auto

Im September 1984 beschließt die Bundesregierung, den Katalysator für alle Autos mit Benzinmotor einzuführen. Der Kauf von PKW mit Katalysator wird in den ersten Jahren steuerlich gefördert. Ab 1. Januar 1989 ist der Katalysator für Neuwagen Pflicht, bleifreies Benzin muss flächendeckend angeboten werden.



#31 Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub

Zum 1. Januar 1986 wird das Erziehungsgeld für Eltern eingeführt. Gleichzeitig erhalten Eltern einen Rechtsanspruch auf einen unbezahlten Urlaub zur Erziehung ihrer Kinder in den ersten drei Lebensjahren.

#32 Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rente

Ab 1. Januar 1986 erhalten Mütter oder Väter für die Erziehung von Kindern ein Jahr je Kind für die Rente gutgeschrieben. Damit ergibt sich ein Rentenanspruch auch dann, wenn für die Kinder auf eine Berufsausübung verzichtet wird.

#33 Erstes Bundesumweltministerium

Am 6. Juni 1986 wird von Bundeskanzler Helmut Kohl das Umweltministerium als eigenes Bundesressort ins Leben gerufen. Mit der Neugründung bekommen die umweltpolitischen Herausforderungen bundesweit eine höhere Aufmerksamkeit. Erster Bundesumweltminister wird Walter Wallmann von der CDU.

#34 Erste Frauenministerin

Die CDU-Politikerin Rita Süßmuth wird am 6. Juni 1986 erste Bundesministerin, die Politik für Frauen in ihrem Amtstitel führt. Ihr untersteht das neue Ministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

#35 Eines der strengsten Tierschutzgesetze weltweit

Mit der Novelle des Tierschutzgesetzes zum 1. Januar 1987 bekommt Deutschland eines der strengsten Tierschutzgesetze weltweit. Das Tierschutzgesetz folgt nun dem Grundsatz, dass Tiere Mitgeschöpfe sind. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schaden zufügen.

#36 Transatlantische Partnerschaft

Der jahrzehntelange Einsatz der CDU für die transatlantische Partnerschaft und die Deutsche Einheit findet einen besonderen Höhepunkt mit dem Auftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor. Dabei spricht Reagan am 12. Juni 1987 die historischen Sätze: „Mr. Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Mr. Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder.“

#37 Kronzeugenregelung

Zur Bekämpfung organisierter Kriminalität wird zum 9. Juni 1989 eine zeitlich befristete Kronzeugenregelung in das Strafgesetzbuch eingeführt. Im Jahr 2009 wird eine neue Kronzeugenregelung bei terroristischen und anderen schwersten Straftaten verabschiedet. Durch Strafmilderung oder Straferlass wird für Täter ein Anreiz geschaffen, an der Verhinderung von Straftaten mitzuwirken.

#38 Ende des Postmonopols

Mit der ersten Stufe der Postreform zum 1. Juli 1989 beginnt der Einstieg in die Umstrukturierung, Liberalisierung und Privatisierung der Post. Diese führt im weiteren Verlauf zu deutlichen Preissenkungen, vor allem im Telefonbereich.

#39 Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Zum 1. Juli 1990 gehen die Bundesrepublik Deutschland und die DDR eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ein. Die D-Mark wird offizielles Zahlungsmittel in der DDR. Das ist der erste offizielle Schritt zur Deutschen Einheit.



#40 Einigungsvertrag

Der Einigungsvertrag regelt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Er wird am 20. September 1990 sowohl von den Abgeordneten der Volkskammer der DDR als auch von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages beschlossen.

#41 Stasi-Unterlagen-Gesetz

Am 3. Oktober 1990 ernennt die Bundesregierung einen Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Damit findet eine zentrale Forderung der Friedlichen Revolution eine Verankerung im wiedervereinten Deutschland. Mit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 29. Dezember 1991 haben die Bürger die Möglichkeit, die sie betreffenden Akten der ehemaligen Staatssicherheit der DDR einzusehen. Seitdem wird Stasi-Unrecht systematisch aufgearbeitet.

#42 Stromeinspeisungsgesetz

Mit dem Gesetz über die Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien in öffentliche Netze zum 1. Januar 1991 wird der flächendeckende Ausbau von Wind- und Sonnenenergie in Deutschland vorangetrieben. Die Stromversorger werden verpflichtet, Energie aus regenerativen Quellen abzunehmen.

#43 Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz

Die Bundesregierung beschließt am 5. August 1992, dass Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bekommen sollen. Der Anspruch gilt ab dem 1. Januar 1996. Er gilt für Kinder vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zu ihrem Schuleintritt.



#44 Gründung der Europäischen Union

Am 1. November 1993 tritt der Vertrag von Maastricht in Kraft. Mit ihm wird die Europäische Union (EU) gegründet. Zugleich wird die Einrichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen.

#45 Einführung der Pflegeversicherung

Zum 1. Januar 1995 wird die Pflegeversicherung eingeführt. Damit soll ein möglicher Pflegefall im Alter, als Folge von Unfall oder wegen Erkrankung abgesichert werden.



Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Helmut Kohl
CDU-Vorsitzender von 1973 bis 1998
Bundeskanzler von 1982 bis 1998

#46 Einführung des Meister-BAföG

Seit 1. Januar 1996 unterstützt das Meister-BAföG Handwerker und andere Fachkräfte nach Abschluss ihrer Ausbildung. Mit der Unterstützung soll der Wunsch nach persönlicher Qualifizierung gefördert, Aufstieg im Betrieb ermöglicht und der Schritt in die Selbstständigkeit unterstützt werden.

#47 Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Zum 1. März 1996 tritt das Arbeitnehmer-Entsendegesetz in Kraft. In der Folge wird der erste tarifliche Branchenmindestlohn – im Bauhauptgewerbe – eingeführt. Damit müssen ausländische Bauunternehmer ihren auf deutschen Baustellen tätigen Arbeitern diesen Mindestlohn zahlen. So wird Lohndumping bekämpft.



#48 Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die europäischen Staats- und Regierungschefs beschließen auf ihrem Gipfel in Dublin am 13. und 14. Dezember 1996 die Hauptbestandteile des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der unter anderem die zulässige Neuverschuldung begrenzt. Damit ist eine zentrale Bedingung für die Einführung des Euro als gemeinsamer europäischer Währung erfüllt.

#49 Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz

Bei den Verhandlungen im japanischen Kyoto können am 11. Dezember 1997 erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen vereinbart werden. Deutschland hat sich zu einer Verringerung seiner Treibhausgas-Emissionen um 21 Prozent gegenüber 1990 bis 2012 verpflichtet und diese Verpflichtung mit rund 24 Prozent übererfüllt.

#50 Der Euro wird Zahlungsmittel

Zum 1. Januar 2002 wird der Euro als Bargeld eingeführt. Damit kann in zwölf Ländern mit der gemeinsamen Währung bezahlt werden. Der Umtausch entfällt. Die für Deutschland von der Regierung Kohl vorbereitete gemeinsame europäische Währung wird Realität.



#51 Erste Bundeskanzlerin

Am 22. November 2005 wird die CDU-Vorsitzende Angela Merkel als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland vereidigt. Sie ist damit die erste Frau an der Spitze einer Bundesregierung. Der Duden nimmt 2006 das Wort „Bundeskanzlerin“ als Begriff auf.

#52 Erster Integrationsgipfel

Am 14. Juli 2006 findet auf Einladung der Bundeskanzlerin der erste Integrationsgipfel der Bundesregierung statt. Gemeinsam soll ein Nationaler Integrationsplan entwickelt werden. Wenige Monate zuvor ist mit Maria Böhmer erstmals eine Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt benannt worden.

#53 Hightech-Strategie für Deutschland

Die Bundesregierung bringt am 29. August 2006 eine Hightech-Strategie für Deutschland auf den Weg. Ziel ist es, die Position Deutschlands im globalen Wettbewerb weiter zu verbessern. Deutschland soll bei Innovation auch künftig weltweit vorne dabei sein. Dafür werden Investitionen in Forschung und Innovation ausgebaut und gebündelt.

#54 Föderalismusreform entlastet Kommunen

Mit der Föderalismusreform 2006 darf der Bund den Gemeinden Aufgaben nur dann übertragen, wenn er die dafür anfallenden zusätzlichen Kosten übernimmt. Die notwendige Änderung des Grundgesetzes tritt zum 1. September 2006 in Kraft.

#55 Antiterrordatei

Zum 31. Dezember 2006 tritt das sogenannte Gemeinsame-Dateien-Gesetz in Kraft. Auf dieser Basis wird die neue Antiterrordatei angelegt. Diese vernetzt die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern für einen schnelleren Erkenntnisaustausch. Damit kann der internationale Terrorismus effektiver bekämpft werden.



Angela Merkel
CDU-Vorsitzende seit 10. April 2000
Bundeskanzlerin seit 22. November 2005

Wolfgang Schäuble
CDU-Vorsitzender von 1998 bis 2000
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
von 1991 bis 2000

Foto: ullstein bild / Mathias Krohn

#56 Einführung des Elterngeldes und der Partnermonate

Zum 1. Januar 2007 wird das neue Elterngeld eingeführt. Mütter und Väter erhalten 12 Monate lang bis zu zwei Dritteln ihres letzten Nettolohns, wenn sie zur Früh-erziehung eine Auszeit vom Beruf nehmen. Wenn auch der Partner oder die Partnerin eine Auszeit nimmt, verlängert sich der Bezug des Elterngeldes um zwei Monate.

#57 Hochschulpakt

Die CDU-geführte Bundesregierung und die Länder vereinbaren am 5. September 2007 den Hochschulpakt 2020. Über die Gesamtlaufzeit von 2007 bis 2023 wird der Bund insgesamt 20,3 Milliarden Euro bereitstellen. Hinzukommen 18,3 Milliarden Euro der Länder.

#58 Erfolgreich aus der Krise

Mit dem Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ und dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ schafft die Bundesregierung 2008 und 2009 die Voraussetzungen dafür, dass Deutschland die internationale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gut meistert. In Deutschland können Arbeitsplätze gesichert, Wachstum neu geschaffen und die Modernisierung des Landes vorangetrieben werden.

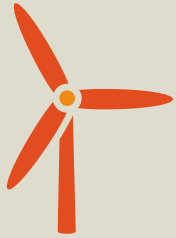
#59 Schuldenbremse im Grundgesetz

Bundestag und Bundesrat beschließen zum 1. August 2009 die Einführung einer Schuldenbremse. Diese wird im Grundgesetz festgeschrieben. Der Bund darf ab 2016 neue Schulden nur noch in Höhe von 0,35 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes aufnehmen. Die Länder dürfen ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr machen.



#60 Nationales Cyber-Abwehrzentrum

Die Bundesregierung beschließt am 23. Februar 2011, ein Nationales Cyber-Abwehrzentrum von Bund und Ländern einzurichten. Die Abwehr elektronischer Angriffe auf IT-Infrastrukturen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Wirtschaft soll so gemeinsam organisiert werden.



#61 Energiewende

Im Frühjahr 2011 leitet die Bundesregierung die Energiewende ein. Ihr Ziel ist ein beschleunigter Umbau der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien nach den Kriterien Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit.

#62 Einführung des Bundesfreiwilligendienstes

Nach Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes wird zum 1. Juli 2011 der Bundesfreiwilligendienst neu eingeführt. Er ergänzt das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr. Durch die Öffnung für Personen, die älter als 27 Jahre sind, soll er gleichzeitig dazu beitragen, das bürgerliche Engagement zu fördern.

#63 Rente mit 67

Von 2012 bis 2029 wird der reguläre Renteneintritt schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Die Bundesregierung reagiert damit auf die steigende Lebenserwartung und sinkende Geburtenzahlen. Wer 45 oder mehr Jahre Beiträge in die gesetzliche Rente eingezahlt hat, kann zwei Jahre früher in Rente gehen.

#64 EU-Schuldenbremse

Auf Initiative der Bundesregierung wird in Folge der Finanzmarktkrise der Europäische Fiskalpakt beschlossen. Er wird am 2. März 2012 von 25 der 27 EU-Staaten unterzeichnet. Der Fiskalvertrag gilt ab 1. Januar 2013. Damit verpflichten sich die Staaten, jeweils nationale Schuldenbremsen einzuführen.

#65 Rechtsanspruch auf Krippenplatz

Seit dem 1. August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch darauf, dass ihre Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr einen Betreuungsplatz bekommen. Der Rechtsanspruch schließt die Lücke zwischen Elternzeit mit Elterngeld und dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

#66 Betreuungsgeld

Eltern, die die Betreuung im 2. und 3. Lebensjahr privat organisieren, erhalten seit dem 1. August 2013 ein Betreuungsgeld. Im ersten Jahr beträgt das Betreuungsgeld 100 Euro im Monat. Seit August 2014 gibt es 150 Euro monatlich.

#67 Rentenpaket

Mit dem Rentenpaket der Bundesregierung vom 1. Juli 2014 erhalten Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, ein zusätzliches Erziehungsjahr je Kind bei der Rente angerechnet. Die Rente bei Berufsunfähigkeit wird verbessert. Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, darf schon mit 63 Jahren seine Rente in voller Höhe beziehen.

#68 Digitale Agenda

Am 20. August 2014 beschließt die Bundesregierung die Einführung einer Digitalen Agenda. Mit ihr werden die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen, um die Chancen der Digitalisierung für Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung in Deutschland auszuschöpfen.



#69 Null Euro neue Schulden

Mit dem Haushaltsplan für 2015 sieht zum ersten Mal seit 1969 ein Bundeshaushalt keine Neuverschuldung vor. Bereits das Haushaltsjahr 2014 war ohne Neuverschuldung abgeschlossen worden.

#70 Jobrekord und niedrigste Arbeitslosigkeit

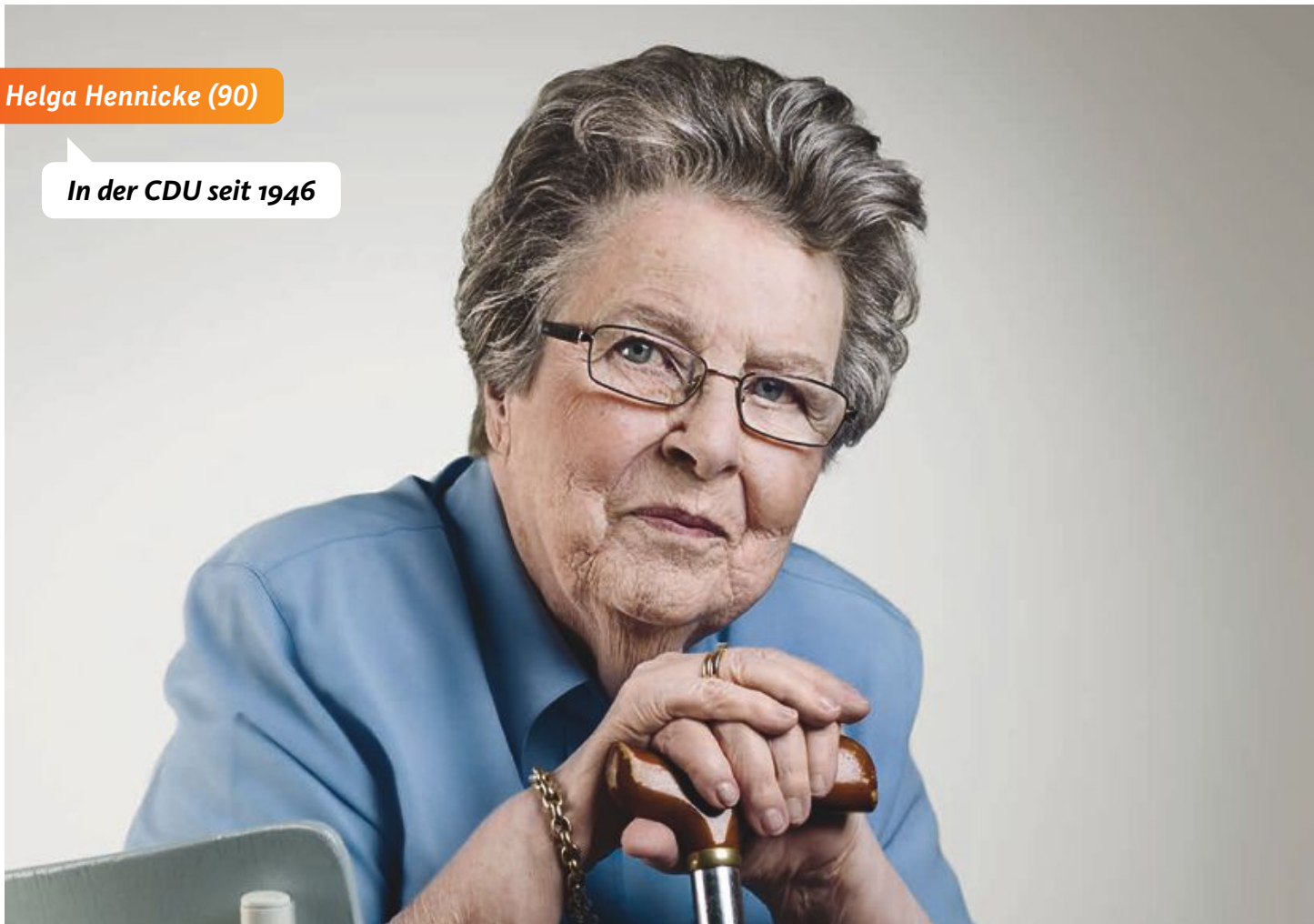
Ende 2014 überstieg die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland erstmals die Marke von 43 Millionen. Zudem hat Deutschland die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU. 2005 war es noch die dritthöchste.



Unsere Mitglieder – Überzeugungen aus sieben Jahrzehnten

Die CDU ist die Volkspartei Deutschlands. Sie vereint Menschen aus allen Generationen, denen christliche Werte wichtig sind. Es sind ihre Mitglieder, die der CDU Profil und Richtung geben. Die folgenden elf Porträts stehen beispielhaft für die Vielseitigkeit in der CDU – damals, heute und morgen.

In der CDU seit 1946



Aus dem Nichts heraus Politik neu gestalten: Die Gründung der CDU unmittelbar nach dem Krieg war eine gewaltige Herausforderung. Helga Hennicke gehört der ersten Generation der Partei an. Wegen des

festen Wertefundaments der CDU hatte sie sich angeschlossen.

Die Not war groß und allgegenwärtig, 1945 in Berlin. Überall Schutt und Trümmer, und die einfachsten Dinge fehlten: ein Dach über dem

Kopf, Essen und Trinken. Die damals 21-jährige Helga Hennicke packte mit an, wo immer es etwas zu tun gab. Für sie war die Stunde Null eine große Befreiung. „Endlich wieder frei reden können, das war eine Erlösung“, erinnert sie sich.

Freiheit und „Menschlichkeit“ – das waren die Werte, die die Protestantin von zuhause kannte. Ihr Vater war in der Bekennenden Kirche und bis 1931 Abgeordneter im Preußischen Landtag gewesen. „Ein Blatt hatte er nie vor den Mund

genommen. Er gab uns, auch unter dem Druck des Nationalsozialismus, mit auf den Weg, selbst nachzudenken, immer anständig und den christlichen Werten treu zu bleiben.“

Für Helga Hennicke kam nach Kriegsende keine andere Partei als die CDU in Frage. Nachdem sie sich zuvor schon in der Jungen Union engagiert hatte, erhielt sie am 23. November 1946 ihren Mitgliedsausweis. Er trug die Nummer 10.001. Um aufgenommen zu werden, brauchte man damals noch einen Leumund. „Es sollten sich schließlich keine Nazis

Werte

in der jungen Partei verstecken können“, sagt sie. Für sie bürgte Jakob Kaiser, einer der Gründerväter der CDU Deutschlands.

Junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen, war für Helga Hennicke das Leitmotiv ihres politischen Schaffens. Deshalb ruft sie den heute Handelnden zu: „Kümmert Euch um die Jugend!“

In der CDU seit 1947



Als Deutschland 1945 in Trümmern lag, hat Heinz Schwarz mit angepackt. Zukunft gestalten im Zeichen des Christentums und des Gebots der Nächstenliebe – das war dem rheinischen Katholiken ein starker Wegweiser.

„Mehr Politikverdrossenheit als nach dem Zweiten Weltkrieg kann es gar nicht geben“, sagt Heinz Schwarz. Unter schwierigsten Bedingungen begann damals das politische Leben in Westdeutschland wieder zu

wie der nächste Tag werden würde und ob es etwas zu essen gab. Das prägte unsere Generation.“

Heinz Schwarz wurde 1928 als eines von sechs Kindern einer Winzer- und Gastwirtfamilie in Leubsdorf am Rhein geboren. Seine Prägung nennt er „rheinisch-katholisch“, im Elternhaus genauso wie im kirchlichen Umfeld. „Unser Pfarrer hatte mich schon früh beeindruckt, wie er sich auch gegenüber den Nazis nie mit seiner Meinung

zurückhielt, selbst wenn er deswegen Ärger mit der Polizei bekam.“

Wie unzählige andere stand auch Heinz Schwarz 1945 vor dem Nichts: „Was sollten wir machen? In die Politik gehen? Aber wir hatten

doch überhaupt keine Ahnung davon!“ Rat holte er sich beim Vater und beim Pfarrer. „Sie wiesen mir den Weg zu einer Partei, die in dem jungen Deutschland für Demokratie mit sozialer Prägung einstand, getragen von christlichen Werten.

Das ‚C‘ führte mich direkt in die CDU.“ Schwarz wurde Gründungsmitglied der Jungen Union und trat am 16. Mai 1947 der Partei bei.

In den Folgejahren machte Heinz Schwarz Karriere. 1971 wurde er im Kabinett

des jungen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl Innenminister. Heute, mit 86 Jahren, ist er noch immer rastlos und mit unverwüstlicher Fröhlichkeit unterwegs. Sein ganzes Leben, seine Leidenschaft gelten seit jeher Deutsch-

land und christdemokratischer Politik. Seit dem ersten Bundesparteitag der CDU 1950 in Goslar hat er bis heute keinen einzigen verpasst.

Das „C“

erwachen. „Von Parteien hatten die meisten jungen Leute gehörig die Nase voll“, erinnert er sich. „Es ging in dieser Zeit vor allem darum,

In der CDU seit 1952



Weil er Kontakt zur West-CDU hatte, wurde Hans-Ulrich Klose als „Staatsfeind“ in der DDR eingesperrt. Von seinem demokratischen Weg ließ sich der gebürtige Brandenburger aber nicht abbringen.

Anfang der 1950er Jahre trieb das SED-Regime in der DDR den Umbau zur sozialistischen Gesellschaft rücksichtslos voran. Hans-Ulrich Klose erinnert sich, wie an seiner Oberschule im havelländischen Falkensee in Brandenburg

von einem Tag auf den anderen freiheitlich gesinnte Lehrer verschwanden. Um nicht zwangsweise in die SED eintreten zu müssen, wurde er 1952 Mitglied der Ost-CDU und fand seine Überzeugung in christlich-demokratischen Ideen.

Sein Verständnis für Freiheit und Demokratie und seine Kontakte zur West-CDU kamen ihn allerdings teuer zu stehen. Am 9. März 1956 wurde er in Falkensee auf offener Straße verhaftet. Zehn Monate lang sperrte man den „Häftling Nummer

184“ im Zuchthaus der Stasi ein. „Ich habe dort in den unmenschlichen Abgrund der DDR-Diktatur geschaut“, erinnert sich Klose. Als er freikam, ging er sofort in den Westen und fand im niederrheinischen Korschenbroich eine neue Heimat. Im Herzen blieb er aber immer ein Brandenburger.

Klose ein Leben lang konsequent und unerschrocken. Wie 1987 bei einem Empfang der nordrhein-westfälischen Landesregierung, als er Erich Honecker begegnete. „Wir haben beide im Zuchthaus Brandenburg gegessen“,

Demokratie

Deswegen fiel es ihm auch so schwer, die deutsche Teilung hinzunehmen. „Die Demokratie ist die einzige Staats- und Gesellschaftsform, in der Bürger ihre Freiheitsrechte wahren können.“ Und so engagierte sich der Jurist mit Leidenschaft in der Kommunalpolitik, wurde unter anderem Bürgermeister, stellvertretender Landrat, Landtagsabgeordneter und Vizepräsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

„Freiheit bekommt man nicht geschenkt. Um sie zu bewahren, muss man ständig für sie eintreten.“ Diese Haltung vertrat Hans-Ulrich

sagte er dem verätzten Staatsratsvorsitzenden. „Allerdings zu unterschiedlichen Zeiten: Sie waren dort als Gefangener der Nationalsozialisten, ich als Gefangener Ihrer DDR.“ Noch bevor Honecker überhaupt wusste, wie ihm geschah, fügte Klose gleich seine Forderung hinzu: „Lassen Sie die politischen Gefangenen frei!“ Hans-Ulrich Klose war damals wie heute überzeugt: „Politik kann die Welt nicht aus den Angeln heben, aber sie kann in vielen Schritten die Veränderung zu einem Besseren bringen.“

Für den Fabrikanten Gerd Erbslöh bietet die CDU auch ein persönliches Leitbild. Erbslöh pflegte stets ein enges Verhältnis zu seinen Mitarbeitern und war vom Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft derart überzeugt, dass er 1956 in die CDU eintrat.

Soziale
Marktwirtschaft

Heute ist Erbslöh 87 und noch immer als Unternehmer aktiv. Die Zeiten des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders haben ihn geprägt. „Die CDU hat unter Adenauers Führung die Interessen von Unternehmen und Mitarbeitern zusammengeführt. Und mit der Sozialen Marktwirtschaft hat Erhard den richtigen Weg gefunden, wie der Wiederaufbau am besten zu erreichen war“,

sagt der Unternehmer aus dem hessischen Geisenheim. Vor allem die Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers hatte ihn beeindruckt: „Konrad Adenauer war ein Mann des Ausgleichs. Er hat es vermocht, auch in harten sachlichen Auseinandersetzungen immer den richtigen Ton zu treffen.“ Mit dem ersten Bundeskanzler und seinem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard verbindet der

Unternehmer grundlegende christlich-demokratische Tugenden.

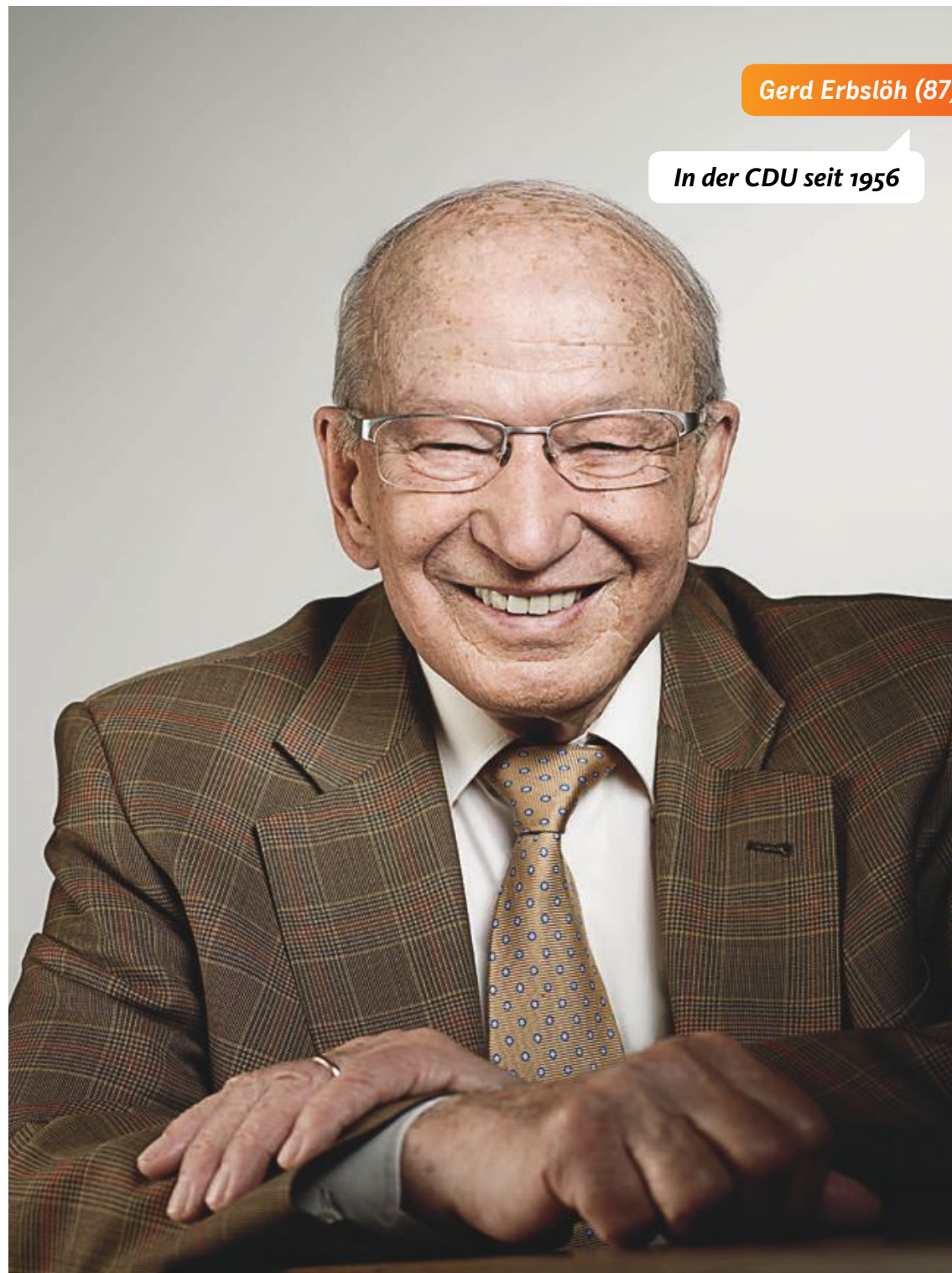
Die Soziale Marktwirtschaft hat den Wiederaufbau und das deutsche Wirtschaftswunder ermöglicht. Und damit auch das Umfeld für den wirtschaftlichen Erfolg seines Unternehmens, sagt der gelernte Bergbauingenieur rückblickend. „Als Partei der Sozialen Markt-

wirtschaft hatte die CDU mir als Unternehmer die richtige Richtung gewiesen.“ Erbslöh hat sein Unternehmen in den 1950er Jahren von seinem Vater übernommen und von einem eher kleineren Hersteller von Mineralstoffen für die Weinverarbeitung zu einem weltweit führenden Unternehmen der Getränketechnologie gemacht.

Noch heute hält Erbslöh die Adenauer'schen Tugenden für die Grundlage kluger Unternehmensführung. „Die Kunst ist, die Wahrheit zu sagen, ohne den anderen zu sehr zu verletzen.“ Und dass man die Dinge, die man für richtig hält, mit Engagement und Gestaltungswillen angeht. Deshalb hat er eine Stiftung zur Förderung der örtlichen Hochschule in Geisenheim gegründet. „Ich bin dankbar für meinen und unseren Erfolg. Diese Dankbarkeit will ich gerne teilen.“

Gerd Erbslöh (87)

In der CDU seit 1956



In der CDU seit 1972



Ende der 1960er Jahre war Deutschland im Umbruch. Viele gesellschaftliche Traditionen und Normen wurden in Frage gestellt. Auch die CDU modernisierte sich und entwickelte sich zur breit aufgestellten Volkspartei. Inge Rauschnig trat 1972 bei.

Selbstverantwortung und Freiheit: Das sind die großen Themen, die Inge Rauschnig schon immer bewegt haben. Die gebürtige Berlinerin hatte früh ihren Vater verloren. Er wurde 1945 von den Sowjets in Sachsenhausen inhaftiert und starb dort an Hunger und Krankheit. Dieses Leid ist bis heute die prägende Erinnerung für die 80-Jährige, die damals schnell auf eigenen Beinen stehen musste.

Inge Rauschnig bekam sechs Kinder und legte – für

die damalige Zeit ungewöhnlich – dennoch das Staatsexamen ab. Schon in den frühen 1950er-Jahren engagierte sie sich im entstehenden deutsch-amerikanischen Schüleraustausch.

„Politisch wach“ wurde sie, als die Notstandsgesetze gewalttätige linke Proteste auslösten. „Der Rechtsstaat war damals bedroht“, erinnert sie sich. Ihr war klar geworden: „Es reicht nicht mehr, den Kindern nur ein gutes Zuhause zu geben. Ich hatte das Gefühl, mich für das Umfeld engagieren zu müssen, in das sie hineinwachsen.“ Deshalb wurde sie Kommunalpolitikerin.

In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche erlebt Inge Rauschnig, deren Mutter und Großmutter schon in

der CDU aktiv waren, die stetig wachsende Volkspartei als wohlthuendes Pendant: „Hier fand ich meine maßgeblichen Werte widergespiegelt, dass die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist und dass es

Volkspartei

immer darum geht, entschieden für Solidarität, Gemeinwohl und die Grundrechte einzustehen.“

Sie wurde Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes Nörten-Hardenberg und des CDU-Bezirksverbandes Hildesheim, leitete die CDU-Fraktion im Kreistag Northeim. Heute ist sie Ehrenvorsitzende der Fraktion, des Gemeindeverbandes und der Kommunalpolitischen Vereinigung im Kreis und ordentliches Mitglied im CDU-Kreisvorstand Northeim.

Deutschland vor rund 40 Jahren: Neue Bedrohungen und scharfe politische Auseinandersetzung prägen das Geschehen. Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) verübt Attentate in Deutschland. Der Warschauer Pakt rüstet den Ostblock massiv mit

gewalttätigen Protesten begleitet wird. Andreas Schmidt, der 1978 seinen Wehrdienst in Wuppertal leistete, macht diese Entwicklung sehr betroffen. Der Sohn eines evangelischen Pastors mag nicht länger nur zusehen. „Ich wollte mich aktiv für die

Freiheit

Atomwaffen auf. Für Georg Andreas Schmidt war es höchste Zeit, sich für eine freiheitliche Gesellschaft zu engagieren.

freiheitliche Gesellschaft der Bundesrepublik einsetzen“, erinnert sich Schmidt. „Und die CDU hatte dazu eine klare und eindeutige Haltung. Deshalb bin ich eingetreten.“

Auf die Aktivitäten im Ostblock reagiert der Westen mit dem Nato-Doppelbeschluss, der Stärke mit Verhandlungsangeboten verbindet und bundesweit von großen, oft

Schmidt, der in Bonn und Köln Volkswirtschaft studierte und heute dort an der Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe

lehrt, sagt: „Freiheit lässt sich auf Dauer nicht unterdrücken. Und Gewalt löst keine Krisen.“ Nur Politik kann Konflikte wirklich lösen, davon ist Schmidt fest überzeugt. Und dazu braucht es Politiker mit klaren moralischen Grundsätzen. „Aber

natürlich auch Mehrheiten in den Parlamenten.“

Dies verkörpert für ihn Helmut Kohl. Als Kohl 1982 Bundeskanzler wurde, wuchs in Schmidt die Überzeugung „endlich mitgestalten zu können, um die

Freiheit zu erhalten“. Für Schmidt steht die CDU für wichtige Werte wie Sicherheit, Verlässlichkeit und Solidarität. „Diese Tugenden haben Deutschland stark gemacht, und wir fahren damit bis heute gut“. Das zeige sich

gerade in der europäischen Schuldenkrise, ist der Ökonom überzeugt: „Die CDU-geführten Bundesregierungen haben einen guten Job gemacht.“

Prof. Dr. Georg Andreas Schmidt (55)

In der CDU seit 1978



In der CDU seit 1990



„Jetzt können wir mitgestalten, jetzt wollen wir es auch tun.“ Die Deutsche Einheit erlebte Lucia Dirks als große Befreiung. In der CDU fand sie eine politische Heimat.

Herbst 1989. Deutschland war von einem Gefühl der

grenzenlosen Freiheit beseelt, doch die Wiedervereinigung war noch nicht vollzogen. Lucia Dirks aus dem mecklenburgischen Krakow am See erwartete gerade ihr zweites Kind. Im Keller des örtlichen Apothekers traf sie sich mit

Gleichgesinnten, um über die Zukunft zu reden. „Wir waren alle so voller Tatendrang und wollten selbst die Initiative ergreifen“, erinnert sich die Bauingenieurin. 1990 trat sie in die CDU ein und erlebte kurz darauf die erste

freie Wahl in der DDR, am 18. März 1990.

Für die praktizierende Christin, die in ihrer Freizeit als Organistin und Chorleiterin der Allerheiligen-Gemeinde Krakow am See aktiv ist, ist das „C“ in der

CDU der entscheidende Grund für ihr eigenes politisches und gesellschaftliches Wirken: „Die CDU steht für Freiheit, Frieden, für Gerechtigkeit und

ändern und, vor allem, wer soll daran mitwirken? Für Lucia Dirks war klar: „Wer jetzt den Mut hatte, selbst etwas zu riskieren, konnte auch etwas errei-

Deutschland

Vertrauen und vor allem für den Schutz der Familie“, sagt sie. „Und damit für eine bessere Zukunft.“

Lucia Dirks „weiß es noch wie gestern“, wie sie am Abend vor dem 3. Oktober 1990 ihre dreijährige Tochter Sandrina ins Bett brachte und ihr sagte: „Wenn du morgen aufwachst, gibt es die DDR nicht mehr.“ Worauf die Kleine antwortete: „Und wo sollen dann die Menschen wohnen?“ Was wird die neue Zeit bringen, was soll sich ver-

chen.“ Die Geschichte sollte ihr Recht geben.

Heute leitet die 55-Jährige gemeinsam mit ihrem Mann Joseph die von einem Verein getragene Kinder- und Jugendbegegnungsstätte Neu Sammit. Jedes Jahr kommen bis zu 20 000 Kinder und Jugendliche für Projekte und Freizeiten nach Mecklenburg-Vorpommern. „Die Jugend und die Familie“, weiß Lucia Dirks, „sind unsere Zukunft.“

Im Dreiländereck Saarland, Frankreich und Luxemburg lebt die europäische Idee. Für Marcus Hoffeld, den Bürgermeister der saarländischen Stadt Merzig, ist es der ideale Ort, um politisch zu wirken.

Die Stadt Merzig liegt nahe der französischen und der luxemburgischen Grenze. Lange Jahre schlummerte sie unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister

Knapp zwanzig Jahre zuvor war Hoffeld in die CDU eingetreten. Ihn hatte die Rolle der Union ganz besonders während der Wiedervereinigung und bei der Ausgestaltung der deutsch-französischen Freundschaft fasziniert. „Mitreden, mitbestimmen und so Stadt, Land und Europa mitgestalten“ – dieses politische Credo teilt Hoffeld mit seiner Familie und einem großen Teil seines Freundeskreises, der gemeinsam mit ihm in der CDU aktiv ist. „Einer allein kann nichts bewegen, aber als Team ist man wirklich stark“, sagt Hoffeld.

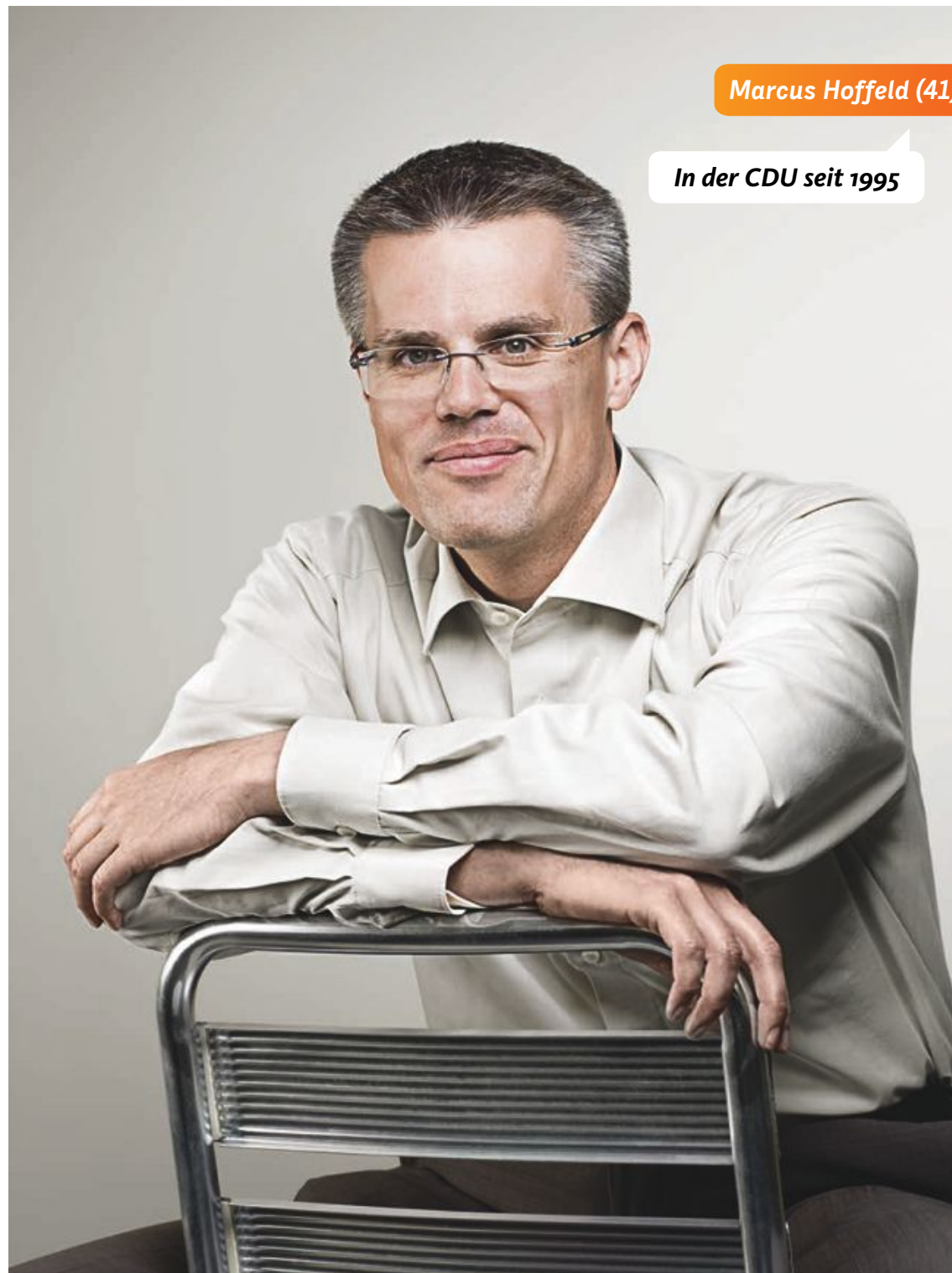
Europa sieht er auf einem guten Weg und will die Gemeinsamkeiten weiter voranbringen. Deswegen macht sich Marcus Hoffeld stark dafür, dass das Miteinander im Dreiländereck selbstverständlich ist.

„Schon die Kinder in den Kitas statten einander regelmäßig Besuche ab, diese Praxis setzt sich in den Grund- und weiterführenden Schulen fort“, erklärt Hoffeld. Im Sommer soll es nun auch erstmals einen grenzüberschreitenden Stadtlauf geben.

Um Menschen für diese europäisch geprägte Politik zu begeistern, setzt Marcus Hoffeld vor allem auch auf digitale Medien: „Ich halte nichts von langen Sonntagsreden. Zeitgemäße schnelle Botschaften auf Youtube oder Facebook erreichen viel mehr Menschen und öffnen die Tür zum lebendigen Bürgerdialog.“ Auch das sei ein Stück Zukunft eines gemeinsamen Europas.

EUROPA

vor sich hin. Bis Marcus Hoffeld kam. 2014 gewann der gelernte Bankkaufmann und Betriebswirt als 39-Jähriger gleich im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit und bringt seither die Stadt in Schwung.



Ghislaine Albiez (45)

In der CDU seit 2007



Ghislaine Albiez ist Französin, kam 1989 nach Südbaden und blieb. Als Mutter und Unternehmerin war für sie die CDU die erste Wahl: „Ein gutes Gefühl, richtig angekommen zu sein.“

Helmut Kohl und François Mitterrand – es sind diese beiden großen Europäer, mit denen Ghislaine Albiez ihr Aufwachsen in der inzwischen selbstverständlich gewordenen deutsch-französischen Freundschaft verbindet. Als die Germanistik-Studentin 1989 ins südbadische Emmendingen kam, entschied sie sich zu bleiben. „Integration fällt mit guter Nachbarschaft leicht“, sagt sie. Schnell habe sie daher in Deutschland eine neue Heimat finden können.

Sich in der neuen Umgebung dann auch aktiv in die Gesellschaft einzubringen, war für Ghislaine Albiez ein wichtiger Antrieb. Als

Mutter von zwei Kindern engagierte sie sich zunächst im deutsch-französischen Kindergarten in Freiburg. „Ich habe doch Verantwortung für das, was mich und meine Familie umgibt“, ist sie überzeugt.

Als die Kinder größer werden, findet Ghislaine Albiez Zeit für die örtliche Frauen Union und die CDU.

Chancen

„Dass Deutschland so weit war und mit Angela Merkel eine Frau an seine Spitze wählte, war für mich ein wichtiger Grund, in der Partei aktiv zu werden.“ Die CDU liefert „die richtigen Konzepte und hat wie keine andere Partei diesen Macher-Instinkt: Handeln, wenn es drauf ankommt“.

Chancen nutzen, sich einbringen, Positionen beziehen und andere überzeugen – Ghislaine Albiez ist ein politischer Mensch. Und sie lebt Vereinbarkeit von Familie, Beruf und freizeitlichem Engagement vor. Sie ist Vorsitzende der CDU Teningen, Beisitzerin im Bezirksverband Südbaden und kümmert sich um den Nachwuchs im örtlichen

Tennis-Club. Ihr Lebensmotto hilft ihr bei allem, was sie macht: „Tu was!“ Von Leuten, die nur in ihren eigenen vier Wänden sitzen und nichts bewegen wollen, hält sie wenig. „Deshalb fühle ich mich in der modernen, aufgeschlossenen CDU bestens aufgehoben.“

„Wer was erreichen will, kriegt das in diesem Land auch hin.“ Für den Abiturienten und begeisterten Kanuten Nils Harries aus Schuby in Schleswig-Holstein führte diese Zielstrebigkeit direkt in die CDU.

Mitmachen, sich kümmern und Verantwortung zu übernehmen – das liegt Nils Harries im Blut. Sein Vater ist seit vielen Jahren aktives

mitmachen wolle, musste er angesichts seiner politischen Prägung nicht lange überlegen. „Es geht uns gut in Deutschland. Aber das ist doch keine Selbstverständlichkeit. Viel zu viele Jugendliche tun so, als ginge sie Politik nichts an. Nicht mit mir.“

Anzupacken und persönlich Flagge zu zeigen ist für Nils eine Selbstverständlichkeit. Und weil er seit klein auf

an. Im April 2015 wählte ihn der Kreisverband Schleswig-Flensburg zum Vorsitzenden.

Der Weg in die CDU war für Nils Harries nur eine weitere Konsequenz seines politischen Erwachsenwerdens. „Wer etwas in diesem Land erreichen will, kann das auch. Man muss sich nur aktiv einbringen“, ist Harries überzeugt. „Die CDU hat die größte

Verantwortung

CDU-Mitglied, seine Mutter engagiert sich als Lehrerin in der Gewerkschaft. „Bei uns zuhause geht es in politischen Diskussionen immer hoch her, das färbt ab“, sagt der 19-jährige Abiturient. Und schmunzelt.

Als ein Freund ihn fragte, ob er in der Jungen Union

ein begeisterter Sportkannote ist, engagiert er sich als Jugend-Paddelwart im örtlichen Verein, und in der DLRG mischt er als Ausbilder für Rettungsschwimmer mit. „Ich habe kein Problem damit, Verantwortung zu übernehmen.“ Auch in der Jungen Union kam seine Lust am Mitgestalten gut

Zukunft, wegen ihrer Werte und ihrer Wirtschaftskompetenz.“

Nils Harries (19)

In der CDU seit 2015



Britt-Marie Lakämper (18)

In der CDU seit 2015



Viele Menschen beginnen das Jahr mit einem guten Vorsatz. Britt-Marie Lakämper hat ihren in die Tat umgesetzt: Im Januar 2015 trat die Abiturientin in die CDU ein.

„Nicht quatschen, sondern machen“, dachte sich Britt-Marie zum Jahreswechsel und füllte den Mitgliedsantrag der CDU im Internet aus. „Das ging ganz einfach“, erinnert sie sich und war erfreut, dass schon wenig später ein dicker Brief in ihrem Briefkasten lag. „Ein schönes Gefühl, als ich darin meinen Mitgliedsausweis mit dem Konterfei von Konrad Adenauer entdeckt habe“, sagt sie. Jetzt konnte es losgehen.

Britt-Marie Lakämper ist 18 und hat gerade ihr Studium

der Politikwissenschaft in Leipzig aufgenommen. Die Kommilitonen in ihrem Studiengang seien politisch überwiegend links geprägt, sagt sie, da brauche es schon einen gewissen Mut, Farbe zu bekennen und für bürgerliche Werte einzustehen. Für Britt-Marie ist das aber nicht schwer, denn sie hat in ihren jungen Jahren schon ein klares Bild, worauf es in der Gesellschaft ankommt:

„In Zeiten der Globalisierung, des Internets und der Digitalisierung braucht es Orientierung und Stabilität, in der Wirtschaft und allen anderen Lebensbereichen.“ Die tiefgreifenden Veränderungen, die mit der Technologisierung und digitalen Vernetzung aller Lebenswelten einhergehen,

empfindet sie nicht als Problem, sondern als große Chance, wenn – und das ist ihr wichtig – „wir sie aktiv selbst gestalten.“

In der CDU fühlt sich Britt-Marie Lakämper mit ihrer Haltung verstanden. Für sie ist es eine

Zukunft

spannende Erfahrung, dass sich ihre Vorstellungen zu Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit in ihrem Union-Netzwerk widerspiegeln. „Es ist einfach genial, mit Gleichgesinnten zusammenzuwirken und gemeinsam sagen zu können: Ja, das machen wir.“



Britt-Marie Lakämper (18) und Heinz Schwarz (86) – rund
siebzig Jahre liegen zwischen ihrem Eintritt in die CDU.

Herausgeber

CDU Bundesgeschäftsstelle
Marketing und Kampagnen
Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin

Telefon: 030-220700
Telefax: 030-22070111

www.cdu.de/kontakt

Fotograf: Dominik Butzmann

160/0515
Bestell-Nr. 5905